

soll aber dieses Europa enden? Ist Europa ein unumkehrbares Projekt? Mehr denn je ist heutzutage die Zerbrechlichkeit Europas zu konstatieren! Von Anfang an war sich aber Jean Monnet dieser Fragilität bewusst: „Le sentiment que leur destin est commun et que leur prospérité est commune n'a pas été créé entre les peuples d'Europe par le ch[arbon] a[cier] et ne le sera pas par l'Eura-tom“ (S. 42) schrieb er im Sommer 1956.

Paris

Corine Defrance

### Ein ungleiches Paar

*Germond, Carine: Partenaires de raison? Le couple France-Allemagne et l'unification de l'Europe (1963–1969), 391 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.*

Die vorliegende Monographie von Carine Germond ist 2009 an der Universität Straßburg als Dissertation eingereicht, zur Drucklegung durchgearbeitet und gestrafft sowie mit einem aktualisierten Literaturverzeichnis angereichert worden. Letzteres listet äußerst diszipliniert lediglich die thematisch strikt einschlägigen Forschungsbeiträge auf, es umfasst gleichwohl ungefähr 250 Titel. Germond hat sich somit auf einem schon reichlich beackerten Feld bewegt. Demnach wird die Leserschaft keine grundstürzend neuen Erkenntnisse in Bezug auf die großen Linien des französisch-deutschen Verhältnisses und auf deren Bedeutung für Stagnation oder Fortschritt westeuropäischer Einigungen, in Bezug auf die einzelnen Fälle französisch-deutscher Unstimmigkeiten – ja, Konfrontationen besonders zur Zeit der Kanzlerschaft Ludwig Erhards – erwarten. Und er wird derartig Neues erst recht nicht in Bezug auf die alledem zugrunde liegenden fundamentalen Diskrepanzen zwischen den Bonner und den Pariser national-, sicherheits- und europapolitischen Konzeptionen bis zum Ende der Präsidentschaft Charles de Gaulles suchen. Der Erkenntnisgewinn ergibt sich vielmehr aus der Intensität, mit der die Verfasserin ihr radikales Postulat „Bilatéraliser l'étude des relations franco-allemande“ (S. 17), durch dessen ebenso radikale Fokussierung auf den „dialogue des exécutifs“ (S. 15) umsetzt.

Diese Fokussierung auf die kleine Zahl der letztendlichen außenpolitischen Entscheidungs-träger in Paris und Bonn – auf den

französischen Präsidenten und Ministerpräsidenten, den Kanzler, die Außenminister und die Leiter der zuständigen Direktionen beziehungsweise Abteilungen in den beiden Außenämtern – bedeutet freilich eine weitläufige Ausblendung von in modernen Studien der internationalen Beziehungen gemeinhin berücksichtigten Faktoren – so zum Beispiel von wirtschafts- und kulturpolitischen Zusammenhängen, von publizistischen Diskussionen und lobbyistischen Einflussversuchen, so zum Beispiel von unmittelbaren Wechselwirkungen zwischen dem französisch-deutschen Dialog und anderen bilateralen Entscheidungsszenarien. Mit solcher Ausblendung aber wird Raum geschaffen: zunächst für ungemein ausgiebige und genau aufeinander bezogene konzentrierte Recherchen in den französischen wie deutschen Archiven und sonstigen Quellenbeständen; endlich für eine durchgreifenden dichte Analyse der Abfolge französisch-deutscher Kontroversen, Entfremdungen und partiellen Verständigungen zwischen dem Rücktritt Konrad Adenauers im Oktober 1963 und dem Charles de Gaulles Ende April 1969. Am bekannten generellen Befund ändert diese genaue prozessuale Durchleuchtung nichts. Indessen vertieft sie ihn immens, indem die jeweiligen Erwägungen und Zielsetzungen im Vor- und Umfeld der gravierenden konkreten Konfliktfälle auf beiden Seiten präzise entfaltet werden. Die Europaideen de Gaulles und der Gaullisten waren und blieben mit denen der Regierung Erhards und, trotz einiger Annäherung wegen der osteuropapolitischen Neuorientierungen in Bonn, mit denen der in Paris zunächst geradezu enthusiastisch begrüßten, großen Koalitionsregierung Kiesinger/Brandt unvereinbar. Folglich funktionierte die mit dem Élysée-Vertrag des 22. Januar 1963 annoncierte dauerhafte Partnerschaft keineswegs als Triebwerk voranschreitender westeuropäischer Einigung. Gerade umgekehrt, waren es in ermüdender Wiederholung eben die Fortschrittsversuche in und über die europäischen Institutionen, die den fundamentalen Dissens zwischen Paris und Bonn grell beleuchtet haben – sei es in den Fragen der Agrarpreisordnung mit den Problemen der Fusion der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaften und der Zuständigkeitserweiterung der Europäischen Kommission, sei es in der Frage des britischen Beitrittsbegehrens.

Das vom Bundestag in die einseitige Präambel zum Élysée-Vertrag eingeschriebene Ziel transatlantischer und gesamteuropäischer

Integration blieb Leitlinie der Bonner Regierungen nach Adenauer und konnte vom konfrontativen Kurs de Gaulles nicht aufgebrochen werden, der bis zuletzt an seiner großen Vision eines eng verbündeten Westeuropas freier, bloß wirtschaftlich verschränkter, von Frankreich angeführter Nationalstaaten zwischen den beiden Supermächten festgehalten hat. Germonds Studie zeichnet diese nur zu kaschierende, nicht zu überwindende Divergenz des „Paares“ Fall auf Fall nach, wobei sie es auch versteht, einst besonders aufregende Momente schlüssig in den großen Zusammenhang einzuordnen: Erwähnt sei nur die Handhabung der Affäre Argoud 1963/64 (S. 81–85). Noch wichtiger ist der Autorin die Erklärung des doch auf Antrieb erstaunlichen Umstands, dass die grundsätzliche Verschiedenheit und die etlichen Konflikte und wechselseitigen Enttäuschungen nicht zu einer Scheidung geführt haben. Die Nachgiebigkeit der Regierungen Erhard und Kiesinger in manchen ihnen weniger wichtigen Punkten hat wohl dazu beigetragen. Aber Germond findet die letzte, die entscheidende Erklärung in der durch den Élysée-Vertrag institutionalisierten regelmäßigen Begegnung, in einem „bilatéralisme institutionnalisés“ (S. 357): halbjährliche Gipfeltreffen, vierteljährliche Treffen der Außenminister, noch häufiger der zuständigen Direktoren, von ihr genau aufgelistet und verortet (S. 46–74). Das stotterte gelegentlich, das verlief für die jeweils Beteiligten des Öfteren unangenehm. Aber es gewöhnte an den Dialog, an einen Arbeitszusammenhang, das war „Labor“ (S. 356) zukünftiger Kooperation in der Verfolgung ermittelter gemeinsamer Zwecke im Abgleich fortbestehender Interessendivergenzen. Und der Rahmen des Élysée-Vertrags hat „die paradoxen Jahre 1963–1969“ (ebd.) nicht allein überdauert, sondern ebenso zur Bewältigung der Probleme des jungen und ungleichen Paares beigetragen.

Würzburg

Wolfgang Altgeld

## POLITIKWISSENSCHAFT

### Fast schon ein Abgesang

Höffe, Otfried (Hrsg.): John Rawls. Politischer Liberalismus, 204 S., De Gruyter, Berlin u. a. 2015.

*Habent sua fata libelli* – und vielleicht folgen diese Geschicke sogar einer allgemeineren Choreographie. Zumindest hat man nach der Lektüre des in der Reihe „Klassiker auslegen“ erschienenen Sammelbandes genau diesen Eindruck. John Rawls Werk „A Theory of Justice“ hatte in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die Gerechtigkeitsfrage massiv in die Diskussion zurückgebracht und zugleich die Sub-Disziplin der Politischen Theorie schlagartig belebt. Seitdem war keine sinnvolle Auseinandersetzung über Gerechtigkeit in modernen, parlamentarischen Demokratien mit sozialer Marktwirtschaft mehr möglich ohne Bezug zur Rawls'schen Theorie. Daran hat auch der (etwas konservativere Teil der) kommunitaristischen Kritik nichts geändert, eher im Gegenteil. Rawls blieb auch mit Michael Sandel, Charles Taylor und Martha C. Nussbaum als kritischer Begleitung ein maßgebender Orientierungspunkt.

Nun jedoch hat man den Eindruck, als beginne etwas, das man den Abbau Rawls'scher Bedeutung nennen könnte, eine spezifische Distanzierung, die die Relevanz der erarbeiteten Positionen zum Teil massiv bezweifelt oder offen zurückweist. Der Klassiker bekommt vielleicht gerade durch die „ausgelegten Klassiker“ einen heftigen Schlag. Vielleicht ist das nach 40 Jahren auch einfach unvermeidbar, vielleicht sogar zu erwarten – wer weiß.

Und doch beginnt der von Otfried Höffe herausgegebene Band mit der expliziten Feststellung, nicht nur „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ sei ein Klassiker. Vielmehr müsse das Buch „Politischer Liberalismus“, also die von Rawls Anfang der 1990er Jahre vorgelegte kritische Durchsicht seines Erstlings, „ein zweites Hauptwerk“ genannt werden (S. IX). Denn Rawls wende sich mit dieser Sammlung von Vorlesungen ganz dezidiert der Erarbeitung einer „ethisch-politischen Theorie“ zu, „die der in westlichen Demokratien vorherrschenden Wirklichkeit, einem facettenreichen Pluralismus, gerecht wird“ (ebd.). Etwas lapidar formuliert: Dem großen Auftaktwerk folgt (zwanzig Jahre später) ein nicht minder wichtiges zweites Meisterwerk politischer Theorie. Schon allein das rechtfertigt natürlich eine kluge, verständliche und für ein breiteres Publikum hilfreiche Kommentierung, wie sie der hier vorliegende Sammelband denn auch bietet.

Und so gehen die einzelnen Beiträge daran, die Rawls'sche Revision seiner eigenen Gerechtigkeitstheorie sukzessive nachzuzeichnen. Dabei werden die einzelnen Vorlesungen des Originals (und der 1998 erschienenen deutschen